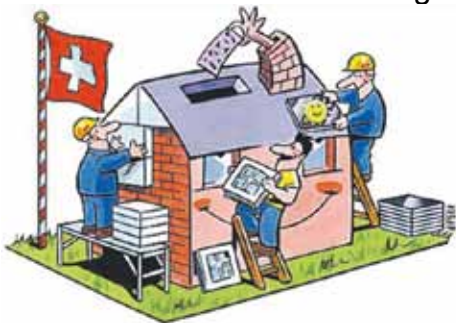


SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Bauspar-Initiative 4

Zwei Initiativen zum Bausparen kommen 2012 zur Abstimmung.



Buchpreisbindung 7

Buchpreise würden steigen, bezahlen müssten es die Leser.



Ferieninitiative 10

Die Initiative für sechs Wochen Ferien bedroht Arbeitsplätze.



Zofinger Tagblatt AG

Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

11. März 2012

**Volksabstimmungen:
Parolen-Empfehlungen der SVP-Fraktion**

Wollen Sie die Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» annehmen?

NEIN

Wollen Sie die Volksinitiative «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)» annehmen?

JA

Wollen Sie die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» annehmen?

NEIN

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 29. September 2011 über die **Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke** annehmen? (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»)

JA

Wollen Sie das Bundesgesetz vom 18. März 2011 über die **Buchpreisbindung (BuPG)** annehmen?

NEIN



Vertrauen wiederherstellen

Zu Beginn des Jahres 2012 ging es in der Schweiz hoch her. Man hielt nicht für möglich, was zu Tage befördert wurde: Der Nationalbankpräsident hat über sein Konto Devisengeschäfte getätigt – und das im Vorfeld von wegweisenden Entscheiden der Notenbank. Vor diesem Hintergrund war die glaubwürdige Ausübung seiner Aufgabe als höchster Währungshüter des Landes nicht mehr möglich. Der Rücktritt von Philipp Hildebrand als Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB) war unausweichlich. Schliesslich ging es um die Wiederherstellung des Vertrauens in unsere Nationalbank. Nicht nur national, auch international hat man mit Unglauben von den Devisenspekulationen Hildebrands Kenntnis genommen.

Wie war es nur möglich, dass ein Direktoriumsmitglied der SNB Devisengeschäfte und Aktienkäufe in grösserem Stile getätigt hat? Hat die Aufsicht über die SNB versagt? Was war die Rolle des dafür zuständigen Bankrats und des Bundesrats? Um diese offenen Fragen und Versäumnisse zu klären, verlangt die SVP eine lückenlose Aufarbeitung der zurückliegenden Ereignisse. Die dafür notwendigen Instrumente sind eine Parlamentarische Untersuchungskommission sowie eine ausserordentliche Session der eidgenössischen Räte. Das Parlament darf sich jetzt nicht aus der Verantwortung stellen. Klare Regelungen der Aufsicht über die Nationalbank sind notwendig. Sowohl das erweiterte Direktorium als auch der Bankrat haben sich künftig an strikte Vorgaben betreffend Eigengeschäfte zu halten. Solche Geschäfte sollten meiner Ansicht nach überhaupt nicht mehr zulässig sein. Auch

ist eine Ausweitung der Insiderstrafnorm auf Devisengeschäfte zu prüfen.

Das verrückteste am Fall Hildebrand ist jedoch, was sich darum herum abspielte. Gezielt wurde aus dem Fall Hildebrand über die Medien ein Fall Blocher/SVP gemacht. Eine Ungeheuerlichkeit, mit der man von den eigentlichen Missständen abzulenken versuchte – orchestriert vom vereinigten Filz der Machtbewahrer.

Wie kam es dazu? Christoph Blocher gelangte am 5. Dezember 2011 erstmals mit den an ihn herangetragenen Vorwürfen gegenüber Hildebrand an Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey. Er hat richtig gehandelt, indem er sich – unter dem Siegel der Vertraulichkeit – zur Abklärung der Vorwürfe an die dafür zuständigen Gremien wandte. Die damalige Bundespräsidentin hat die Sache ernst genommen und eine Untersuchung durch den Bundesrat veranlasst. Leider wurden Philipp Hildebrands Spekulationsgeschäfte mit Devisen und Aktien zunächst durch die zuständigen Aufsichtsorgane gedeckt. Die Prüfung erfolgte nicht gründlich. Dies stellt sowohl dem Bundesrat als auch dem Bankrat ein schlechtes Zeugnis aus.

Nach einer verwirrenden Pressemitteilung der SNB am Abend des 23. Dezember wurde erstmals öffentlich, dass es Vorwürfe und wohl auch Ungereimtheiten rund um den Nationalbankpräsidenten gibt. Die Mitteilung warf mehr Fragen auf, als sie beantwortete, doch die Aufsichtsgremien deckten Hildebrand weiter. So kam es, wie es kommen musste: Wo etwas nicht sauber ist, wird recherchiert und die Fakten kamen allmählich via Medien

an die Öffentlichkeit. Dass Christoph Blocher der Briefträger einer vertraulichen Information an die Bundespräsidentin war, konnte niemand ausser dem Bundesrat selber wissen. Erstaunlicherweise fand dieser Umstand schnell den Weg in die Öffentlichkeit – und die ganze Geschichte wurde medial zur „Kampagne der SVP gegen die Nationalbank“ gedreht. Dieses Spiel muss uns alle hellhörig machen.

Heute genügt es offenbar, die SVP oder einzelne Persönlichkeiten in den Medien mit gezielten Kampagnen und Verleumdungen anzuschwärzen, um breite Bevölkerungskreise gegen uns aufzuhetzen. Das Ziel ist klar: In der Bevölkerung soll eine negative Grundstimmung gegen unsere Partei erzeugt werden, um damit die SVP nachhaltig zu schwächen.

Es erfordert nun Kraft und Kampfeswille, diesem durchsichtigen Treiben entgegenzutreten. Letztlich geht es bei diesem Kesseltreiben gegen die SVP oder Christoph Blocher nur darum, jene politischen Kräfte zu schwächen, die sich für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz einsetzen und sich nicht hergeben für den Abbau der Volksrechte und schweizerischer Errungenschaften. Wir dürfen uns nicht von den Medien verrückt machen lassen, ganz im Gegenteil – wir sind gefordert, jetzt zusammenzustehen und die Missstände in der Schweiz mit Vehemenz zu bekämpfen. Nur so gibt es eine gesicherte Zukunft in Freiheit.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Brunner'.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Weniger Staat, mehr Handlungsspielraum

„Staatsabbau statt Konjunkturpakete“ muss die Parole lauten, um den konjunkturellen Herausforderungen des Jahres 2012 zu begegnen. Ein konsequenter Abbau des staatlichen Interventionismus ist dringend angezeigt, um die Schweizer Wirtschaft zu stärken, die Standortattraktivität wieder zu verbessern und den absehbaren Konjunkturinbruch zu verhindern.



von Nationalrat Thomas de Courten, Rüfenberg (BL)

Europa als wichtigster Handelspartner der Schweiz steckt in der Schuldenkrise fest. Frankenstärke und Währungsturbulenzen schütteln die Exportindustrie durch. In der Folge wird auch die Schweizer Binnenwirtschaft im Jahr 2012 stark gefordert sein. Unbegründet sind die Warnungen, dass die bevorstehenden Zeiten härter werden, sicher nicht. Auch die Schweiz wird den Gürtel enger schnallen müssen.

Dennoch darf das Feld nicht einfach den ewigen Pessimisten überlassen werden. Und erst recht nicht den ewigen Rufem nach immer noch mehr staatlichem Konjunktur-Interventionismus. Die Schweizer Unternehmer haben die jetzt notwendige Anpassungsfähigkeit und Innovationsbereitschaft bis dato immer unter Beweis gestellt. Weniger Staat und mehr unternehmerischer Handlungsspielraum müssen das Rezept sein, um der absehbaren Konjunkturschwäche zu begegnen. Die konkreten, politisch aktuellen Handlungsfelder sind zahlreich.

Administrative Belastungen abbauen: Sämtliche Umfragen bei Unternehmern belegen, dass die überbordende Bürokratie

das grösste Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung ist; und eine Folge des gesetzgeberischen Perfektionismus, in dem für jedes „Boboli“ ein neues Gesetz oder eine neue Vorschrift erlassen wird. Der Vorschriften-, Kontroll- und Statistikdschungel ist deshalb systematisch und konsequent zu lichten.

Bewilligungsverfahren vereinfachen: Regelmässig werden geplante und mögliche Investitionen durch aufwendige Bewilligungsverfahren torpediert oder gar verunmöglicht. Erschreckend ist, wie oft verwaltungsinterne Streitereien zu Verzögerungen und Zusatzaufwendungen führen.

“*Unbegründet sind die Warnungen, dass die bevorstehenden Zeiten härter werden, sicher nicht.*”

ren. Die zuständigen Departments- und Direktionsvorsteher aller Verwaltungsstufen sind darauf zu verpflichten, ihre Führungsverantwortung wahrzunehmen.

Steuern, Abgaben und Gebühren reduzieren: Nach wie vor müssen Schweizer Unternehmer die ungebremst wachsenden Staatsausgaben mit Steuern, Abgaben und Gebühren mittragen. Selbstverständlich fehlt dieses Geld bei den Investitionen. Deshalb kann nur eine ausgabenseitige Korrektur des Staatshaushaltes das richtige Ziel sein.

Arbeitsrecht liberalisieren: Den Folgen der Personenfreizügigkeit – Billigkonkurrenz, Lohndumping und Scheinselbstständigkeit – begegnet der Bund mit Verschärfungen des Arbeitsrechts. Der standortpolitische Trumpf eines relativ liberalen Arbeitsrechts wird leichtfertig aus der Hand gegeben. Die unkritische Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen, die Festsetzung von Mindestbeiträgen, die Forderungen nach mehr Ferien, die Reduktion der Arbeitszeiten etc. spielen nur den Gewerkschaften in die Hand. Die Forderungen der Linken sind konsequent abzulehnen.

Investitionsförderung statt Technologieverbote: Technologieverbote und Moratorien aller Art, sei es zu Gentechnologie, Nanowissenschaften oder Nuklearforschung, sind zwecklose Bleifüsse für die Wirtschaft, da die Forschung einfach im Ausland weitergeht. Die Schweiz zieht den schwarzen Peter.

Verkehrs- und Logistikinfrastrukturen ausbauen: Wer produziert, handelt und verkauft, der braucht ausreichende Verkehrs-, Transport- und Kommunikations-Infrastrukturen, um seine Ware auf den Markt zu bringen. Die Grundmaxime der Verkehrsverhinderung statt der Verkehrsermöglichung ist zu korrigieren. Statt in Fussgänger- und Tempo-30-Zonen wäre es sinnvoll, die verfügbaren Mittel in den Ausbau der Hauptverkehrsachsen und die Reduktion der Kapazitätsengpässe zu investieren.

4 Bauspar-Initiative

JA zum Bausparen

Gleich zwei Volksinitiativen, welche das Bausparen einführen möchten, belegen eindrücklich das Bedürfnis nach Wohneigentum in der Bevölkerung. Die Volksinitiative aus dem Kanton Baselland kommt am 11. März, diejenige des Hauseigentümergebietes (HEV) Schweiz am 17. Juni 2012 zur Abstimmung.



von Nationalrat Hans Egloff,
Aesch (ZH)

Auf Bundesebene sind zurzeit zwei Volksinitiativen hängig, welche das Bausparen in der Schweiz einführen wollen. Einerseits die Volksinitiative des HEV Schweiz „Eigene vier Wände dank Bausparen“ (vgl. Kästchen nächste Seite) und andererseits die Bauspar-Initiative aus dem Baselland. Nachdem der Ständerat in der Sommersession 2011 seinen eigenen Gegenvorschlag zu den Bausparinitiativen abgelehnt hat, ist klar, dass den Bausparinitiativen kein indirekter

Gegenvorschlag gegenübergestellt wird.

Die Bausparinitiativen kommen auch ohne Abstimmungsempfehlung des Parlaments zur Volksabstimmung, da sich das Parlament nicht einigen konnte. Während der Nationalrat dem Bausparen stets positiv gegenüberstand, lehnte der Ständerat das Vorhaben im letzten Moment ab.

Der Bundesrat hat beschlossen, dass die Initiativen dem Schweizer Stimmvolk gestaffelt vorgelegt werden. Damit schafft der Bundesrat viel Rechts-

unsicherheit. Es ist verwirrend, dass dem Stimmvolk innert kürzester Zeit zwei Verfassungsnormen zum selben Sachverhalt unterbreitet werden, welche sich teilweise ergänzen. Der Bundesrat hätte es in der Hand gehabt, durch die Festlegung des gleichzeitigen Urnengangs zu beiden Bausparinitiativen dem Volk eine echte Auswahl zwischen zwei Varianten zu ermöglichen.

Das Bausparen hat gute Chancen, angenommen zu werden, wünschen sich doch rund 76 Prozent der stimmberechtigten Schweizer Wohneigentum. Trotz dieses weit verbreiteten Wunsches ist die Wohneigentumsquote in der Schweiz mit knapp 40 Prozent, verglichen mit dem benachbarten

Ausland, auffallend tief.

Sie ist dabei nicht allein in den Städten, sondern auch

in ländlichen Regionen tief. Deutschland weist eine Quote von ca. 43 Prozent, Frankreich 56 Prozent und Italien von ca. 73 Prozent aus. Eine echte Förderung des Wohneigentums blieb in der Schweiz bisher aus.

Das Bausparen will die Wohneigentumsquote erhöhen. Es animiert zum Sparen und vermindert die Verschuldung. Dies allein wirkt sich bereits positiv auf

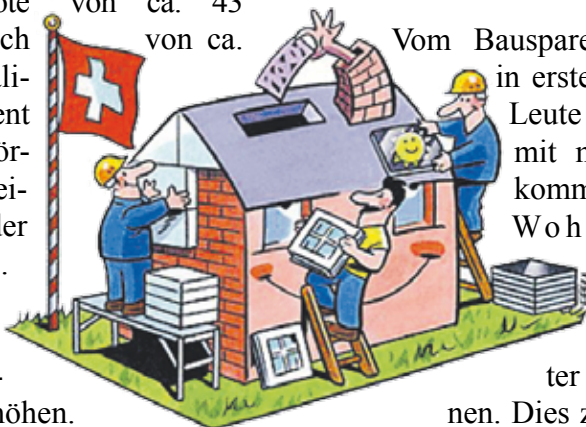
die Stabilität der Volkswirtschaft aus. Mit dem angesparten Kapital können auch bestehende Immobilien erworben werden. Beim „Bau“sparen muss also nicht zwingend Bauland verbaut werden.

Heute können Vorsorgegelder der 2. und 3. Säule für den Erwerb eines selbstgenutzten Eigenheimes vorbezogen werden – dies jedoch mit der Konsequenz, dass die Rente oder der Kapitalbezug geschmälert wird. Um eine Vorsorgelücke zu vermeiden, wäre es wichtig, den Vorbezug wieder zurückzubezahlen. Das machen aber leider die Wenigsten. Gemäss einer Immobilienanalyse der UBS wurden im Jahr 2009 gerade mal 260 Mio. Franken zurückbezahlt – bei einem Vorbezugsvolumen von ca. 2,5 Mia. Franken.

Sowohl Altersvorsorge als auch Wohneigentum sind förderungswürdige Ziele mit selbständiger Grundlage in der Schweizerischen Bundesverfassung. Ergänzend zu den Vorbezugsmöglichkeiten braucht es daher eine Wohneigentumsförderung, die nicht auf Kosten der Vorsorge geht.

Vom Bausparen profitieren in erster Linie junge Leute und Mieter mit mittleren Einkommen, die sich Wohneigentum ohne Bausparen nicht oder erst später leisten können. Dies zeigen Erfahrungen aus dem Kanton Baselland – der Bausparen als einziger Kanton bereits heute kennt – ganz deutlich.

“Das Bausparen hat gute Chancen, angenommen zu werden, wünschen sich doch rund 76 Prozent der Stimmberechtigten Schweizer Wohneigentum.”



Das Bausparen kommt also nicht allein begüterten Haushalten zu Gute, die das Bausparen ohnehin nicht nötig hätten. Die Erfahrungen aus dem Kanton Baselland sprechen eine andere Sprache.

Dort nimmt besonders der Mittelstand das Bausparen in Anspruch – dieser profitiert von der Steuererleichterung. Auch der amtliche Bericht zum abgelehnten Gegenvorschlag hält ausdrücklich und mit Modellrechnungen untermauert fest, dass bei hohen Einkommen praktisch kein Unterschied zwischen bausparenden und nicht bausparenden Steuerpflichtigen besteht und das Bausparen daher keinen Anreiz zur Steueroptimierung bietet. Zudem sei erwähnt, dass begüterte Haushalte zu einem grossen Teil bereits Wohneigentum besitzen und daher nicht mehr in den Genuss des

Bausparens kämen. Das Bausparen erhebt nicht den Anspruch, jedem Haushalt „automatisch“

Gründe zur Unterstützung der Bauspar-Initiative

- Fakultative Einführung des Bausparens in den Kantonen
- Während 10 Jahren steuerlicher Abzug von maximal 15'000 Franken pro Jahr
- Ehepaare maximal das Doppelte
- Bausparkapital und Zinserträge von Vermögens- und Einkommenssteuer befreit
- Für Kantone fakultativ: Während 10 Jahren steuerlicher Abzug für Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen von maximal 5'000 Franken pro Jahr
- Nachbesteuerung, wenn das Sparkapital nicht innert zwei Jahren nach Ablauf der maximalen Bauspardauer (oder eines früheren Bezugs) zweckkonform verwendet wird oder die Nutzung in den ersten fünf Jahren nach dem Erwerb auf Dauer geändert wird



Wohneigentum zu ermöglichen. Vielmehr bleibt auch nach dessen Einführung die Eigeninitiative die treibende Kraft, die zum Eigenheim führt. Einzelne Haushalte können sich tatsächlich auch ohne das steuerbegünstigte Bausparen Wohneigentum leisten. Solche sogenannten Mitnahmeeffekte sind unvermeidbar und schmälern den Sinn der Wohneigentumsförderung nicht.

Mitnahmeeffekte gibt es auch bei anderen Förderungsmassnahmen, ohne dass dort der Sinn der Förderung angezweifelt wird. Nur beim Wohneigentum ist der Gedanke an diese Mitnahmeeffekte scheinbar unerträglich.

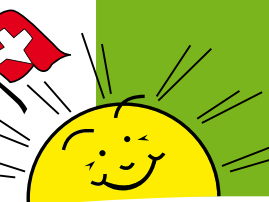
Das Bausparen setzt einen (Spar-)Anreiz und hilft jungen Familien, Wohneigentum zu erwerben und damit den Traum von den eigenen vier Wänden zu verwirklichen.

Die Bausparinitiativen verdienen daher am 11. März sowie am 17. Juni 2012 Ihre Unterstützung.

Abstimmung vom 11. März 2012:

SVP: JA zur Bauspar-Initiative!

Mehr Informationen: www.bausparen.ch



35 years



1977-2012 in Switzerland

In den letzten **35 Jahren** haben sich **über 287'000 Kunden** für Mitsubishi entschieden. Und sie sind damit gut gefahren. Mitsubishi – die Marke mit den 3 Diamanten im Logo – ist eine Marke wie gemacht für den anspruchsvollen Schweizer Markt. Mitsubishi steht für: Innovationen und umweltgerechte Spitzentechnologie mit hohem Kundennutzen, Allrad-Kompetenz sowie japanische Top-Qualität mit umfassender Garantie zu vorteilhaften Kundenpreisen. Eben **«Genial bis ins Detail.»**

Mitsubishi Jubilé³⁵

Cash Bonus bis 10'000.–

Jubilé³⁵ Leasing
3.35%

9'999.–

inkl. Bonus 6'000.–

ab 99.–/Monat**

39'999.–

inkl. Bonus 6'000.–

ab 395.–/Monat**

23'999.–

Bonus bis 6'000.–

27'999.–

Bonus bis 7'000.–



100% Electric – 0% CO₂

ASX 4WD Navigator

Outlander 4WD Navigator

Neu: Colt Super Jubilé

Genial: Wendiger, praktischer City-Flitzer
Genial: 1.1 Liter 12V, 75 PS, 5.4 L/100 km
Genial: Top-Qualität, 3 Jahre Garantie
Genial: Variabler Kofferraum, grosser Innenraum

Jubilé³⁵ BEST OFFER 9'999.–*

* inkl. Bonus CHF 6'000.–

Normverbrauch 1.1/75 PS: 5.4 L, 125 g/km CO₂, Kat. C
** 3.35% Jubilé Leasing: CHF 10'499.–, 48 Mt., 10'000 km/Jahr, eff. Jahreszins 3.40% Sonderzahlung 22%, Kautions 5% oder mind. CHF 1'000.–, Vollkasko obligat.

Neu: i-MiEV Jubilé³⁵

Genial: Ideales Kurzstrecken- und Pendlerauto
Genial: Wendig, leise, NULL Emissionen
Genial: 49 kW/67 PS, 8 Airbags, ESP/TCL
Genial: 5 Jahre Vollgarantie auf Batterie

Jubilé³⁵ BEST OFFER 39'999.–*

* inkl. Bonus CHF 6'000.–

Energie-Normverbrauch: 13.5 kWh/100 km, Benzin-äquivalent 1.5 L, 0 g CO₂ (17 g/km CO₂ aus Stromproduktion), Kategorie A
** 3.35% Jubilé Leasing: CHF 40'999.–, 48 Mt., 10'000 km/Jahr, eff. Jahreszins 3.40% Sonderzahlung 26%, Kautions 5% oder mind. CHF 1'000.–, Vollkasko obligat.

Neu: ASX Super Jubilé Auch als 4x4

Genial: 2WD oder 4x4-Antrieb
Genial: Benzin/DID Diesel, 116–150 PS
Genial: Stopp-Start, ab 4.8 L, Kat. A
Genial: 9 Airbags, Klima, Audio

Jubilé³⁵ BEST OFFER 2WD 23'999.–*

Jubilé³⁵ BEST OFFER 4WD 29'999.–*

* inkl. Bonus CHF 5'000.–

Normverbrauch 1.8 DID/116 PS: 4.8 L, 127 g/km CO₂, Kategorie A

Neu: Outlander Super Jubilé Auch als 4x4

Genial: Familien-Kombi mit viel Platz
Genial: 2WD Benzin, 147 PS
Genial: 8 Airbags, Klima, Audio, Alufelgen
Genial: 4WD-Modelle, 156–177 PS

Jubilé³⁵ BEST OFFER 2WD 27'999.–*

Jubilé³⁵ BEST OFFER 4WD (Autom.) 36'999.–*

* inkl. 2WD-Bonus CHF 3'000.–/4WD-Bonus CHF 4'000.–

Normverbrauch 2.2 DID 177 PS: 6.3 L, 165 g/km CO₂, Kat. C



Bonus 6'000.–

Lancer Jubilé³⁵, CHF 19'999.–*
117 PS, 9 Airbags, Klima, Audio



Bonus 7'000.–

Outlander Navigator, CHF 45'999.–*
4x4, Automat, 7 Sitze, Leder, Navi



Bonus 10'000.–

Pajero 5-Door Navigator, CHF 65'999.–*
4x4, 200 PS, Automat, Leder, Navi

Genial bis ins Detail.



Gültigkeit: 1.1. bis 30.6.2012 *Jubilé³⁵ BEST OFFER mit Jubilé³⁵ Cash Bonus: Kauf/Immatrikulation eines Neuwagens ab Lager/so lange Vorrat beim Mitsubishi Partner. Alle Jubilé³⁵ BEST OFFER Preise in CHF netto inkl. 8.0% MWST. sowie Jubilé³⁵ Bonus. ** 3.35% Jubilé³⁵ Leasing mit reduziertem Bonus: bei Immatrikulation, 48 Mt., 10'000 km/Jahr, eff. Jahreszins 3.40%, Kautions 5% oder mind. 1'000.–, Vollkasko obligat. *** 1/3 Leasing Colt mit reduziertem Bonus: Kauf/Immatrikulation eines Neuwagens, 1. Rate 1/3 Barzahlungspreis, 1/3 nach 12 Mt., Restwert 1/3, Laufzeit 24 Mt., 20'000 km/Jahr, eff. Jahreszins 0%, Vollkasko obligat. MultiLease AG gewährt keine Finanzierung, falls diese zu einer Überschuldung des Leasingnehmers führen kann. CO₂-Ausstoss: Durchschnitt aller Neuwagen in der Schweiz: 159 g/km

www.mitsubishi-motors.ch www.multilease.ch

Regulierungen gegen Schweizer KMU

Vor vier Jahren schaffte die Schweiz die Buchpreisbindung ab. Jetzt soll diese mit einer Volksabstimmung wieder eingeführt werden. Damit würde die von der Wettbewerbskommission untersagte Preisabsprache gesetzlich verankert. Die Wiedereinführung dieses Preiskartells führt zu einem staatlich verordneten Preisdiktat. Buchpreise würden steigen, bezahlen müssten es die Schweizer Konsumenten.



von Nationalrat Lukas Reimann, Wil (SG)

Buchrabatte über 5% wären verboten. Damit wird der Status der Schweiz als Hochpreisinsel zementiert. Bereits heute sind die Buchpreise im Vergleich zum Ausland in den meisten Verkaufsstellen überrissen hoch.

Werden die Preise und damit die Preisdifferenz zum Ausland weiter steigen, werden die Konsumenten ihre Bücher zunehmend im nahen Ausland einkaufen oder aber vermehrt über Internet bestellen.

Fakt ist: Von der Buchpreisbindung profitieren werden ausländische Grossverlage, die den Deutschschweizer Buchmarkt schon heute zu mehr als 50% kontrollieren.

Onlinehandel ausgeblendet

Aktuelle Entwicklungen auf dem Markt lässt die Vorlage ausser Acht. Erstens: Absätze an elektronischen Büchern steigen – gerade diese e-Books sind aber von der Preisbindung ausgenommen. Indirekt wird also das elektronische Buch gefördert.

Zweitens: Bücher werden immer häufiger online bestellt. Momentan sind es bereits 15 bis 20%. Die inländischen Anbieter müssen sich wohl oder übel an die Fixpreise halten. Ausländische Internetanbieter hingegen kümmern sich nicht um Schweizer Gesetzesbestimmungen. Schweizer Unternehmer werden also mit der Buchpreisbindung gegenüber dem Ausland diskriminiert.

Der Zoll darf die Preise nicht kontrollieren und kann den Handel nicht unterbinden. Dies bestätigte der Bundes-

rat auf Anfrage. Somit ist das Gesetz gar nicht durchsetzbar gegen ausländische Anbieter, welche den Schweizer KMU so ganz einfach und durch die Vorlage gefördert Kunden und Arbeitsplätze abjagen können.

Innovative Buchhändler benachteiligt

Der Preiszwang ist Gift für Schweizer

Buchhandlungen. Deshalb widersetzen sich innovative Buchhändler. Profiteure sind ausländische Grossverlage, die kein Interesse haben, Schweizer Bücher oder einheimische Autoren zu fördern.

Vor vier Jahren schaffte die Schweiz nach rund zehnjähriger (!) Debatte die Buchpreisbindung ab. Regulatoren und Bürokraten behaupteten, damit ginge Vielfalt verloren. Das Gegenteil ist passiert: Nie zuvor gab es ein so breites Angebot an Literatur. Selbst Dany Landolf, Geschäftsführer des Schweizer Buchhändler- und Verlegerverbandes (SBVV), musste gegenüber dem K-Tipp zugeben: „Das befürchtete Massensterben fand bisher nicht statt“.

Dank der Abschaffung der Preisbindung passierte vor allem eines: Preise für Bücher sanken. Leserschaft, Konsumenten und Autoren profitieren. Das kurbelte den

Büchermarkt an. Angebote nahmen zu, die Anzahl Bestellungen und Leser ebenfalls.

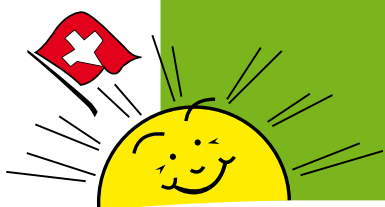
Gerade junge Leute, welche für die Ausbildung auf Bücher angewiesen sind, müssten mit der Buchpreisbindung mehr bezahlen. Damit würden wir den Bildungsstandort Schweiz unnötig schwächen. Schon heute klagt man darüber, dass junge Menschen immer weniger lesen und schreiben können. Wenn der Staat Bücher künstlich verteuert und eine Riesbürokratie schafft, wird das ganz bestimmt nicht besser.



Abstimmung vom 11. März 2012:

SVP-Fraktion: NEIN zu staatlich diktierten Buchpreisen!

www.buchpreisbindung-nein.ch



8 Bad Horn

Wirtschafts- und Schuldenkris

Die diesjährige Kadertagung in Horn fand am 6. und 7. Januar statt und widmete sich dem Thema „Wirtschafts- und Schuldenkrise“. Welche Auswirkungen werden die Entwicklungen in Europa für die Schweiz haben? Diese Frage erörterten die geladenen Gäste in ihren Referaten. Ein wichtiges Diskussionsthema waren zudem die Wahlen 2011. Am Samstag stellten Politologe Andreas Ladner sowie die Nationalräte Toni Brunner und Christoph Blocher eine detaillierte Wahlanalyse vor. 120 Teilnehmende haben der Kadertagung wie schon in den vergangenen Jahren grosses Interesse entgegengebracht.



Zusammen mit Wahlkampfleiter Toni Brunner kommentiert der Westschweiz-Koordinator Claude-Alain Voiblet die Wahlresultate aus der Romandie.



Bundesrat Ueli Maurer erörtert in seinem Referat die Herausforderungen der Schweiz in einem Legislaturausblick.



Dr. Beat Kappeler referiert zum Thema: „Schuldenwirtschaft und Rettungsschirme, was bedeutet dies für Europa und die Schweiz in den nächsten Jahren?“



Nationalrätin Nadja Pieren unterhält sich mit ihrer Schwester Andrea Pieren über die ausgeteilten Dossiers.

Das Thema der Wirtschafts- und Schuldenkrise sorgt für viel Gesprächsstoff: Hier diskutieren Dieter Spiess, Präsident SVP Basel Land (links) und Fraktionspräsident Caspar Baader.



e – Bedeutung für die Schweiz



Parteipräsident Toni Brunner analysiert die vergangenen nationalen Wahlen 2011.



Samuel Lehmann begrüsst die Anwesenden als Präsident der Gastgeber-Sektion SVP Horn.



Nationalrat Guy Parmelin und Nationalrätin Céline Amaudruz lauschen den Ausführungen der Referenten.



Jean-Blaise Defago (links), Mitarbeiter VBS, Nationalrat Jürg Stahl (Mitte) und Nationalrat Adrian Amstutz (rechts) schätzen die Kadertagung als Ort für intensive Gespräche.



Inge Schütz (SVP International), Nationalrat Hansjörg Knecht, Regierungsrat Alex Hürzeler und Grossrat Andre Glarner sowie Judith Übersax machen eine Pause.



Die Bad Horn-Tagung ist ein äusserst beliebter Anlass und wurde auch dieses Jahr mit 120 Teilnehmern gut besucht.

NEIN zu 6 Wochen Ferien

Ganze sechs Wochen Ferien im Jahr statt wie bisher nur vier – das klingt zunächst verlockend. Wer aber genauer hinschaut, erkennt schnell die Kehrseite der Medaille: Viele Unternehmen kämen in ernste Schwierigkeiten, sollte diese Initiative angenommen werden; und das führt wiederum zu massiv schlechteren Arbeitsbedingungen für alle Angestellten. Nationalrätin Céline Amaudruz, selber Angestellte einer Grossbank, erklärt, warum der Arbeitnehmer-Traum von sechs Ferienwochen begraben werden muss.



Interview mit Nationalrätin Céline Amaudruz, Puplinge (GE)

Céline Amaudruz, das geltende Gesetz bestimmt, dass sämtliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anrecht auf 4 Wochen Ferien pro Jahr haben. Die eingereichte Volksinitiative verlangt nun deren 6. Das ist doch sehr vorteilhaft für die Arbeitnehmenden, oder nicht?

Wenn Sie mehr Ferien oder mehr Lohn bieten, so wird das natürlich von jedem Arbeitnehmenden gerne angenommen. Es gibt jedoch die ideale Welt, und es gibt die reale Welt, das wirkliche Leben und dessen Kosten. Wir durchleben eine Periode der Krise. Das bedeutet, wir müssen dafür kämpfen, unsere Arbeitsplätze erhalten zu können – und nicht dafür, mehr Ferien beziehen zu dürfen.

Es gibt immer mehr Fälle von Burnout. Würden zwei zusätzliche Wochen Ferien nicht helfen, diese Entwicklung einzudämmen?

Zu glauben, gesundheitliche Probleme wie etwa das Burnout-

Syndrom liessen sich mit zwei zusätzlichen Wochen Ferien beheben, ist illusorisch und entspricht der Wahrheit keineswegs. Die gegenwärtige Wirtschaftslage generiert Stress und erheblichen Druck. Das ist aber nichts im Vergleich zu dem, was dieselben Personen erdulden müssten, wenn sie die Stelle verlieren würden und ihre Bedürfnisse und jene ihrer Familie nicht mehr abdecken könnten.

Ich weise darauf hin, dass zwei Wochen zusätzliche Ferien einem halben Monatslohn entsprechen – das Geld dafür müsste man erst finden, und zwar für sämtliche Angestellten! Logischerweise könnten zahlreiche Firmen, vor allem die KMU, ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen und sähen sich gezwungen, Personal zu entlassen oder gar zu schliessen.

Wer würde konkret unter einer Erhöhung der Anzahl Ferienwochen leiden, und weshalb?

Ganz klar und entgegen dem, was man uns glauben machen will, wären die ersten Personen, die unter diesem «Geschenk» leiden würden, die Angestellten. Das hat folgende Gründe:

- Nichterhöhung oder gar Herabstufung des Lohnes: Die Sa-

läre würden eingefroren, oder, schlimmer noch, gekürzt, um die zusätzlichen Ferien finanziell kompensieren zu können.

- Keine Flexibilität der Arbeitgeber: Um die Stellvertretungen sicherstellen zu können, müssten die Unternehmen davon abrücken, Lösungen für eine flexible Arbeitszeitgestaltung anzubieten.
- Entlassung: Kleine Unternehmen, die bereits unter dem starken Franken und der Wirtschaftskrise leiden, könnten ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, sie sähen sich gezwungen, Entlassungen auszusprechen oder gar den Betrieb zu schliessen. Die grösseren Unternehmen würden in Betracht ziehen, einen Teil ihrer Tätigkeit ins Ausland auszulagern, was wiederum einen grossen Verlust für den Wirtschaftsstandort Schweiz bedeuten würde.

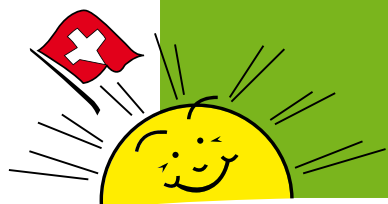
Auf den Punkt gebracht – was riskieren Arbeitnehmende, falls die Initiative angenommen werden sollte?

Was die Arbeitnehmenden bei Annahme der Initiative für zwei zusätzliche Wochen Ferien riskieren, ist kurz gesagt dieses: Eine Nichterhöhung der Löhne, die Inflexibilität des Arbeitgebers, Entlassungen, Verknappung des Schweizer Arbeitsmarktes und so letztlich Arbeitslosigkeit.

Abstimmung vom 11. März 2012:

SVP-Fraktion: NEIN zu 6 Wochen Ferien!

www.ferieninitiative-nein.ch



„Im Interesse der Schweiz“ – wirklich?

„Wenn es nicht im Interesse der Schweiz ist, dann wird es auch nicht gemacht!“ Diese Worte gefallen. Wenn sich der neue Aussenminister Didier Burkhalter daran hält, ist Gutes aus dem Aussendepartement (EDA) zu erwarten. Und der leidige Begriff „aktive Neutralität“ wird endgültig begraben

Geschätzter Herr Bundesrat,

In den Januarsitzungen legten Sie den Mitgliedern der Aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments Ihre Prioritäten für die kommende Legislatur dar. Dabei nannten Sie als wichtigstes Handlungsfeld die Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen zu den Nachbarländern und zur Europäischen Union. Sie wollen dabei „einheitlich und koordiniert“ vorgehen. Ihre Vorgängerin nannte das Verhalten noch „ganzheitlich und koordiniert“. Der Unterschied ist – wenn überhaupt – minim.

Damit sind wir bei Punkt 1: Wie Sie sich die Zusammenarbeit in institutionellen Fragen mit der EU vorstellen, zeigen Sie am Energieabkommen auf. Die Verträge könnten als Modellfall dienen, jubeln Sie fast schon enthusiastisch. Das lässt nicht nur bei mir die Alarmglocken läuten. Warum? Weil beim Energiedossier die „dynamische“ Übernahme von EU-Recht keine grossen Probleme mehr darstellt. Man könne dafür einen Überwachungs- und Gerichtsbarkeitsmechanismus installieren, sagen die Diplomaten. Professoren haben neue Gutachten erstellt. Darin plädieren sie für fremde Richter. Oder wenigstens für halbfremde. Die Dokumente enthalten gewaltigen Zündstoff. Wenn Ihnen das Interesse unseres Landes ernsthaft am Herzen liegt, müssen Sie hier entschärfen. Jedermann kann sich davon überzeugen. Denn die (an sich geheimen) Papiere können im Internet eingesehen werden.

Punkt 2 ist die so genannte „aktive Neutralität“. Ihre Vorgängerin hat diesen unmöglichen Begriff geprägt. Das heisst: Die offizielle Calmy-Rey-Schweiz hat sich überall und ungefragt eingemischt. Wie sagten Sie nochmals? „Wenn es nicht im Interesse der Schweiz ist, dann wird es auch nicht gemacht!“. In dieser Sache müssen Ihren Worten unbedingt Taten folgen. Genauer: Keine Taten sind die besten Taten. Liegt Ihnen das Interesse unseres Landes am Herzen? Dann ist nicht wie bis anhin Vollgas angesagt – sondern sinnvolles Bremsen.

Ich komme zu Punkt 3 und den Opfern, die von Ihrem Departement in den vergangenen Jahren gebracht wurden. Betroffen sind vor allem die 700'000 Schweizerinnen und Schweizer, welche im Ausland leben. Weil der Wille Ihrer Vorgängerin zu geschehen hatte, wurde Konsulat um Konsulat geschlossen. Vielen Auslandschweizern, den besten Botschaftern, die wir uns überhaupt vorstellen können, nahm man ihre „Gemeindeverwaltungen im Ausland“ weg. Weshalb? Um Mittel und Personen abzuziehen und in die die zweifelhafte „aktive Aussenpolitik“ zu stecken.

Zum Schluss rufe ich Artikel 2 der Bundesverfassung in Erinnerung: „Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.“ Dafür gibt es viel zu tun – und einiges zu lassen. „Wenn es nicht im Interesse der Schweiz ist, dann wird es auch nicht gemacht!“ Die SVP wird Sie daran erinnern, wenn Sie diesen klugen aussenpolitischen Grundsatz nur formulieren, aber nicht leben.

Mit freundlichen Grüessen
R. Büchel

Roland Rino Büchel
Nationalrat, Oberriet (SG)

Offener Brief von Nationalrat **Roland Rino Büchel** (SG), Mitglied der Aussenpolitischen Kommission, an Bundesrat **Didier Burkhalter**, neuer Chef des Aussendepartements.

12 SVP-Shop & Termine



Online bestellen: www.svp.ch



..... Ex. SVP-Fussball	25.-	 Ex. Pin CH-Kreuz	7.-
..... Ex. SVP-Sitzungsmappe	49.-	 Ex. Pin SVP-Logo	7.-
..... Ex. Krawatte CH-Kreuz kl.	50.-	 Ex. Pin «SVP Gold»	7.-
..... Ex. Krawatte CH-Kreuz gr.	50.-	 Ex. Post-it, Block à 50 Blatt	2.-
..... Ex. Krawatte SVP	50.-	 Ex. Offiziermesser	20.-
..... Ex. SVP-Bonbons	5.-	 Ex. Kleber, Bogen à 27 Kl.	5.-
..... Ex. SVP-Feuerzeug	5.-	 Ex. Kugelschreiber	2.50
..... Ex. SVP-Rucksack	10.-	 Ex. Jasskarten	3.-
		... franz. ... deutsch	

Name: Vorname:
 Adresse: PLZ: Ort:
 Mail: Telefon:

Bitte Talon einsenden an:

SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern oder per Fax an 031 300 58 59 oder per Mail an gs@svp.ch



*Ein freies
Volk.*



Wenn es um die Unabhängigkeit, Neutralität und direkte Demokratie der Schweiz geht, sind wir bei der AUNS Hardliner.

- Deshalb haben wir die Neutralitätsinitiative gestartet: www.initiative.ch
- Deshalb führen wir 2012 den Abstimmungskampf für mehr Demokratie in der Aussenpolitik (Staatsvertragsinitiative).

Bei der AUNS haben nur Hardliner Platz.
Willkommen!

AUNS
ASIN
ASNI

Mehr Infos: www.auns.ch
Tel. 031 356 27 27

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Termine 2012 SVP Schweiz

Termin	Datum
Delegiertenversammlung in Berg (TG). Informationen unter www.svp.ch - Einladungen bestellen: gs@svp.ch oder 031 300 58 58	28.01.2012
12. SVP-Jasscup in Ruswil (LU). Informationen und Anmeldung auf der letzten Seite dieser Zeitung	18.02.2012
Delegiertenversammlung	05.05.2012
6. SVP-Grümpeltturnier in Winterthur (ZH)	14.07.2012
Delegiertenversammlung	25.08.2012
Delegiertenversammlung	27.10.2012



Neue Gesichter in der Fraktion

Bereits im letzten Klartext haben wir Ihnen die neuen Fraktionsmitglieder der SVP vorgestellt. Mit Thomas Minder (parteilos), Roberta Pantani und Lorenzo Quadri (beide Lega dei Ticinesi) hat die SVP-Fraktion im letzten Jahr auch ausserhalb der Partei Zuwachs erhalten – hier erfahren Sie das Wichtigste über die Neuzugänge. Im letzten Klartext ist uns zudem ein Fehler unterlaufen: Der neu gewählte Nationalrat Peter Keller wurde nicht als neues Fraktionsmitglied aufgeführt, ebenso wie alt Bundesrat und Neu-Nationalrat Christoph Blocher. Wir entschuldigen uns für diese Unterlassung und stellen Ihnen auch diese beiden Politiker kurz vor.

Der parteilose Thomas Minder -**1**- (51) sitzt für den Kanton Schaffhausen im Ständerat. Als Initiant der „Abzocker-Initiative“ wurde er schweizweit bekannt. Minder ist in Neuhausen am Rheinfall aufgewachsen und Geschäftsleiter der Trybol AG. Er ist ein begeisterter Sportler.

Lorenzo Quadri -**2**- (37) gehört der Partei Lega dei Ticinesi an und ist Redaktor bei der Wochenzeitung „Mattino della domenica“. Er hat an der juristischen Fakultät Bern studiert und ist Stadtrat von Locarno.

Für den Kanton Tessin sitzt auch Roberta Pantani -**3**- (46) im Nationalrat. Die Treuhänderin ist verheiratet. Sie hat in Zürich Wirtschaft studiert und ist Vize-Gemeindepräsidentin von Chiasso.

Der Hergiswiler Peter Keller -**4**- (40) vertritt den Kanton Nidwalden im Nationalrat. Der ehemalige Lehrer für Geschichte, Deutsch und Staatskunde arbeitet heute als Redaktor bei der „Weltwoche“. Keller jodelt gerne und ist im Vorstand der „Stanser Jodlerbuebe“.

Alt Bundesrat Christoph Blocher -**5**- (71) wurde für den Kanton Zürich wieder in den Nationalrat gewählt, nachdem er dort schon von 1979 bis 2003 einen Sitz hatte. Blocher ist Vizepräsident der SVP Schweiz. Er ist verheiratet und hat 4 Kinder sowie 8 Enkel.



14 Inserate

ALETSCHARENA
Hotel-Restaurant
Alpenblick
Fieschertal

SVP-Hit
Wellness + Skiferien

Fr. 60.- pro Pers.
Fr. 50.- pro Pers.

Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im Doppelzimmer Standard
Benützung Wellness, Hallenbad
Sauna und Aromadampfbad
1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviele Nächte ausschneiden - buchen - anreisen - genießen
Nebensaison Jan + März
Fam. Holzer - 3984 Fieschertal - Tel. 027 9701660
www.hotelalpenblick.ch - info@hotelalpenblick.ch

FIRMPROFIL FILM
FÜR IHRE HOMEPAGE, AUSSTELLUNGEN ODER
REKUTIERUNG VON MITARBEITERN etc.
ALS DVD, INTERNETVIDEO ODER FILMDATEI
SERIÖSE, PREISWERTE ABWICKLUNG
VON ERFAHRENEN, JUNGEN, DIPLOMIERTEN FACHMANN
TELEFON: +41 41 630 41 41
NATEL: +41 76 70 777 00

AVS FILMPRODUCTIONS
info@avs.ch

politberater.ch
Dienstleistungen für Politiker und Parteien
www.politberater.ch - Telefon 062 396 42 10

SIROX
Wasser • Wärme • Gesundheit
Seit Jahren bekannt für physikalisch induktive Kalk- und Rostschutztechnik
Sirox Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14
www.wassertrinker.ch info@sirox.ch

Impressum

Auflage:	60 000 Exemplare	Druck:	Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20 4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Herausgeberin:	Stiftung SVP-Pateizeitung	Abonnement:	Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Erscheinungsweise:	11x/Jahr	Inserate:	Kevin Grangier - klartext@svp.ch
Verantwortlich:	Kevin Grangier	Bilder:	Kevin Grangier, SVP Frauen Schweiz

Ihre Texte auf italienisch

Übersetzung Ihrer deutschen, französischen, englischen und spanischen Texte in die italienische Sprache

Auf Wunsch gemäss Kostenvoranschlag

Sonderrabatt für die Leser von Klartext

**Die Politik ist mein Hobby,
Übersetzungen sind meine Arbeit.**

Eros N. Mellini ist Kantonal Sekretär der SVP Tessin, ein überzeugter und treuer SVPlar

Eros N. Mellini – Übersetzungen
Postfach 6193, 6901 Lugano
Tel. 079 620 38 84
E-mail: emellini@blueemail.ch



SIDLER AG SURSEE
Badstrasse 1
6210 Sursee
041 / 921 32 52
15% SVP Abholrabatt
Bequemer Nähen www.nähmöbel.ch
mit einem Näh-Möbel (Inserat=Gutschein)

Matratzen nach Ihren eigenen Wünschen
(Bicoflex, Happy, Lattoflex, Roviva etc.)
Betten und Lättli jeder Art und Grösse,
sowie Luftbetten, Vorhänge und Möbel,
div. Marken-Bettwäsche.
Grösste Ausstellung der Region – ein Besuch lohnt sich immer – auch für Sie!

BETTWARENFABRIK
Rafzerfeld
Bettfedernreinigung
Poterna®
Mobile Matratzenreinigung
ZOLLINGER + CO AG
8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
044 869 10 75 seit 45 Jahren
Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr
www.rafzerfeld.com
bettwaren@rafzerfeld.com

Durchbruch in der Haarforschung Sensationelle Erfolge - beste Referenzen PROVIDERMA® Haartopikum Men & Women

www.procare.ch

Wie wirkt PROVIDERMA Haartopikum bei erblich bedingtem Haarausfall?

Die natürlichen Wirksubstanzen sind in der Lage, in die Zellen des Haarfollikels und der Kopfhaut einzudringen und dort die Balance der weiblichen und männlichen Botenstoffe wieder herzustellen. Bereits nach 6 - 8 Wochen kann der Schrumpfungsprozess der Haarfollikel - und damit der Haarausfall - gestoppt werden. Nach ca. 4 Monaten beginnt das Neuwachstum. **Die Haare werden fester und dichter, die natürliche Haarfarbe kehrt zurück.**

- Einfachste Anwendung: 1 x täglich einsprühen und leicht einmassieren.
- PROVIDERMA Haartopikum **enthält rein natürliche** Wirksubstanzen.
- **Sichtbare Erfolge**, bei täglicher Anwendung, ab ca. 6 Monaten.
- **stoppt den Haarausfall**
- **reaktiviert die Haarwurzel**
- **harmonisiert den Haarzyklus**

Kurpackung: 3 x 100 ml Men oder Women reicht für mind. 4 Monate
Leserangebot: Fr. 490.- (statt Fr. 565.-)

Alleinvertreib + Info: Pro Care Innomed GmbH - 5462 Siglistorf Tel.: 056 243 15 74 - www.procare.ch

PROVIDERMA
HAARTOPIKUM
NEU

vorher
nach 6 Monaten

SVP-Frauen in New York

Die SVP-Frauen verbrachten den ersten Adventstag für einmal nicht zu Hause vor dem Cheminéefeuer, sondern im winterlich-kühlen New York City. Auf ihrer Studienreise vom 29. November bis 4. Dezember erlebten die 34 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Highlight nach dem anderen – sei es eine Stadtrundfahrt mit den wichtigsten Sehenswürdigkeiten des Big Apple, den Besuch bei der Schweizer Mission, und sogar einen Empfang im Schweizer Konsulat mit anschliessender Führung durch die UNO-Gebäude. Auf der Reise der SVP-Frauen waren auch Männer herzlich willkommen.



Die berühmte Skyline New Yorks ist vom Schiff aus besonders eindrucklich.



Die Präsidentin der SVP-Frauen, Rita Gyga (Dritte von rechts), hat die Reise in „die Stadt, die niemals schläft“ organisiert.

Reiseberichte

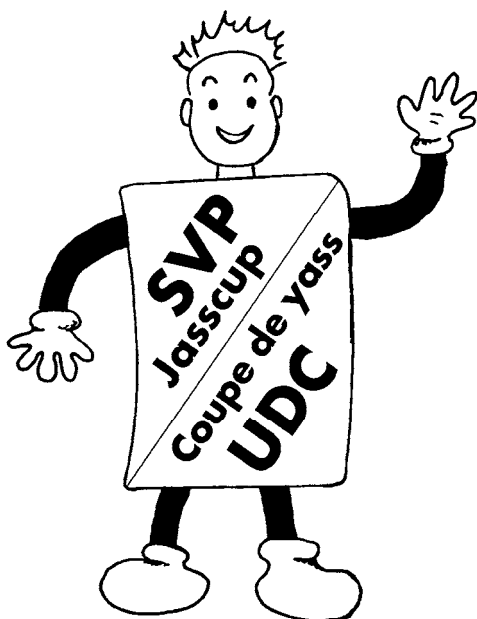
„Der Höhepunkt unserer Studienreise war für mich natürlich der Tag bei der Schweizer Mission der UNO, wo wir vom UNO-Botschafter und seinem Team informiert und durch die Gebäude geführt wurden. Der krönende und weihnächtlich-kitschige Abschluss dieser unvergesslichen Reise war die Christmas Spectacular-Show in der Radio City Music Hall. Da wurde es uns so richtig warm ums Herz und in Gedanken weilten sicher schon einige der Teilnehmenden zuhause in der eigenen Weihnachtsstube.“
Rosmarie Brunner-Ritter, MuttENZ (BL)

Der Times-Square liegt mitten in Manhattan. Er ist bekannt für die unzähligen bunten Leuchtreklamen.



Sylvie und Peter Sumsander-Kern testen im UNO-Gebäude, ob die Schweizer Delegation während der langen Debatten auch bequem sitzt.

„Der Bericht über die New York-Reise der SVP-Frauen im Klartext vom April 2011 hat uns spontan angesprochen. Zuerst musste abgeklärt werden, ob auch das „schwache Geschlecht“ willkommen sei. Wir waren nicht das erste Mal in New York und wollten erst im 2013/2014 wieder hin. Das Reiseprogramm der SVP Frauen mit den verschiedenen Schwerpunkten hat es uns aber so angetan, dass wir uns diese Gelegenheit nicht entgehen lassen wollten.“ **Walter + Marie Eugster, Glattpark (ZH)**



12. Nationaler SVP-Jasscup mit National- und Ständeräten der SVP

Samstag, 18. Februar 2012

10.30 – 16.00 Uhr Türöffnung 09.00 Uhr

Mehrzweckhalle, 6017 Ruswil / LU

Parkplätze sind bei der Sporthalle vorhanden

Modus

Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, 1 Streichpasse, gewertet 36 Spiele.

Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten

Preise

Viele attraktive und schöne Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.
Schätzwettbewerb:
1. Preis Fr. 300.-, 2. Preis Fr. 200.-, 3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr

Fr. 30.- Jassgebühr ist an der Eingangskasse zu bezahlen.
Fr. 25.- Mittagessen
(fakultativ mit den Jassgebühren gegen Bon zu kaufen)

Teilnehmer

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

Anmeldung

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem untenstehenden Talon bis spätestens Freitag, 10. Februar anzumelden.

Organisation

SVP Ruswil unter der Leitung von OK-Präsident Urs Meyer, Ruswil und Nationalrat Felix Müri, Emmenbrücke.



Anmeldetalon

Ich melde mich für den 12. Nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 18. Februar 2012 in Ruswil an:

☐ Französische Karten ☐ Deutschschweizer Karten ☐ Egal

Name _____ Vorname _____

Adresse _____ PLZ Ort _____

Tel. _____ E-Mail oder Fax _____

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern.
Tel. 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59 – Mail: imobersteg@svp.ch